

Zittau zum sicheren Hafen machen, Verantwortung nicht abschieben!

Sehr geehrte Mitglieder des Stadtrates,

jetzt geht es um ein Thema, das viele Menschen in unserem Landkreis bewegt. Es geht um das massenhafte Sterbenlassen an den EU-Außengrenzen, besonders im Mittelmeer. Es geht darum, dass die europäische Abschottungspolitik täglich neue Tote produziert. Dass diejenigen, die Nothilfe leisten wollen, behindert und kriminalisiert werden. Und vor allem geht es darum, was wir als ein Landkreis gerade in Sachsen, hunderte Kilometer vom Mittelmeer entfernt, angesichts dieser andauernden Katastrophe ganz konkret tun können.

Meine Damen und Herren, in der Vergangenheit haben tausende Menschen öffentlich der Toten an den europäischen Grenzen gedacht. Darunter waren auch viele Überlebende der Flucht, die selbst um Freundinnen und Freunde und Verwandte trauern. Ja klar, ist alles schlimm, sagen manche. Aber was sollen wir hier in unserer Stadt Zittau da schon machen?

Die internationale Seebrücke-Bewegung hat eine Antwort auf diese Frage. Sie fordert die Kommunen auf, selbst Verantwortung zu übernehmen, und zwar über ihre rechtlichen Verpflichtungen hinaus. Denn der Plan zum Beispiel der rechtsradikalen Regierung in Italien ist ja: Wenn die Geretteten nirgendwo hin können, dann kann auch nicht mehr gerettet werden. Dann bleiben die Menschen als unsichtbare Leichenberge versunken im Mittelmeer.

Die Strategie der Seebrücke-Bewegung ist, gegen diesen menschenverachtenden Plan Widerstand aus den Kommunen zu organisieren. Die Landkreise und Städte sollen beschließen, dass sie angesichts der Notsituation bereit sind, freiwillig und zusätzlich zu den sowieso geltenden Verteilschlüsseln Überlebende aufzunehmen. Die Kommunen sollen sich anschließend in die Verhandlung mit den zuständigen Stellen begeben: Mit der Bundes- und Landesregierung, mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, und so weiter. Sie sollen diesen Stellen ganz ausdrücklich sagen: Es ist nicht nötig, dass das nächste Rettungsschiff wieder wochenlang mit Geretteten über das Mittelmeer irrt. Bringt die Überlebenden an Land! Wir als Stadt sind bereit, Nothilfe zu leisten. Wir nehmen zusätzliche Menschen auf, und gewähren ihnen Zugang zu einem ordentlichen Verfahren.

Solche Angebote sind mehr als reine Symbolpolitik – das hat zuletzt die Stadt Bielefeld bewiesen. Dort hat der Rat beschlossen, dass die Stadt den zuständigen Stellen anbietet, über das gesetzliche Maß hinaus unbegleitete minderjährige Geflüchtete aufzunehmen, die aus Seenot gerettet worden sind. Nach dem Ratsbeschluss ist die Stadtverwaltung in Verhandlungen mit dem Bund, dem Land und dem BAMF getreten. Die ersten zusätzlich und freiwillig aufgenommenen Geretteten sind inzwischen in Bielefeld angekommen.

Auch hier bei uns im Landkreis Görlitz unterstützen viele Menschen die Seebrücke-Bewegung aktiv, die von uns fordert, dass wir als Landkreis über das gesetzliche Mindestmaß hinaus ganz konkret Verantwortung übernehmen.

Darum bitten wir als Linksfraktion um Zustimmung zu diesem Antrag. Und noch eine Bitte habe ich: Lassen Sie uns auf die üblichen Spielchen verzichten. Wenn Ihnen einzelne Punkte nicht passen, beantragen Sie getrennte Abstimmung. Meinetwegen stellen Sie auch Änderungsanträge.

Wir stimmen deswegen gegen die Streichung der anderen Forderungen – würden uns aber natürlich nicht dagegen sperren, zumindest diesen abgeänderten und zusammengestrichenen Antrag trotzdem noch zu beschließen.